

„Wie ist es eigentlich gewesen?“

Der Historiker Stefan Scheil im Gespräch über historische Streitfragen

Er wurde im Herbst 2021 als Nachfolger von Gernot Facius, 1996–2000 stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“, zum Vorsitzenden der renommierten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) gewählt und setzt damit die Aufbauarbeit der ZFI-Gründungsväter Dr. Alfred Schickel und Univ.-Prof. Dr. Hellmut Diwald fort, die Anfang der 1980er Jahre die unabhängige Institution ins Leben riefen. Die Rede ist von Dr. Stefan Scheil, der sich als freiberuflicher Historiker in den letzten Jahren mit einer Fülle von zeitgeschichtlichen Publikationen über die wahren Ursachen und Verläufe der Weltkriege des 20. Jahrhunderts einen Namen machte. Dabei zeichnet ihn besonders aus, daß er den Fokus auf Fragen und Antworten legt, die von der offiziellen Geschichtsforschung vernachlässigt, verfälscht oder gar nicht behandelt wurden. So urteilt z.B. Prof. Erich Dauenhauer zur Scheil-Publikation „Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ anerkennend: „Scheil lässt sich von den Fakten nicht abbringen, die belegen, dass der Krieg nur im Rahmen der langfristigen Hegemonialstrategie der beiden Weltmächte USA und UdSSR angemessen zu interpretieren ist.“

DAS INTERVIEW FÜHRTE BERND KALLINA

Herr Dr. Scheil, kann es wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung überhaupt geben? Etwa im Sinne der vielzitierten Äußerung des großen deutschen Historikers Leopold von Ranke, daß die Funktion des Historikers darin bestehe, herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen ist“?

Selbstverständlich sollte Geschichtsschreibung „wahrheitsgetreu“ sein, und sie kann es auch sein. Sie muß sich aber klar darüber werden, daß wir von der Vergangenheit immer nur kleine Ausschnitte kennen. Für vieles gibt es keine Quellen, für anderes widersprüchliche Angaben, für manches auch zu viele, um sie vollständig auswerten zu können. Zu zeigen, wie es „eigentlich gewesen ist“, also eine Totalgeschichtsschreibung über ganze Zeitabschnitte der Vergangenheit zu formulieren, das wird nicht gehen. Der Historiker kann also nur prüfen, was ihm an Informationen vorliegt, und dann mit aller Vorsicht und im Dialog mit anderen Forschern feststellen, „was geschehen sei“ (Goethe). Das ist dann historische Wahrheit, die aber stets zu prüfen und immer wieder zu korrigieren ist.

Sie sagen also, daß eine von allen Seiten akzeptierte „objektive Geschichtsschreibung“ nicht möglich ist. Aber sollte nicht zumindest eine sogenannte Annäherung an die Wahrheit gelingen?

Ja, aber eine von allen Seiten akzeptierte Geschichtsschreibung wird es nicht geben. Selbst wenn jeder der beteiligten Historiker guten Willens wäre, wird er immer bestimmte Aspekte stärker gewichten, als andere das tun, auch wird er andere Fragestellungen für wichtig halten. Das gehört aber alles sozusagen zum Geschäft akademischer Geschichtsschreibung unvermeidlich dazu. Nur ist das mit dem „guten Willen“ eben so eine Sache. Leider ist Geschichtsschreibung oft direkt mit politischen Absichten durchsetzt, was dann zu noch ganz anderen Konflikten führt.



Bild: Archiv Dr. Scheil

Dr. Stefan Scheil, Jahrgang 1963, promovierte zum Dr. phil 1997 in Karlsruhe. Zahlreiche zeitgeschichtliche Buchveröffentlichungen in überregionalen Zeitungen, wie der „Jungen Freiheit“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Sie befassen sich seit Jahrzehnten mit noch unerschlossenen Kapiteln der deutschen Zeitgeschichtsforschung, vor allem die Zeitstrecke der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts betreffend, und kommen dabei zu „revisionistischen“ Ergebnissen. Was bedeutet in diesem Zusammenhang eigentlich „revisionistisch“? Was treibt Sie an, und wie gehen Sie in Ihren Arbeiten mit dem negativ aufgeladenen Revisionismus-Begriff um?

Im Prinzip sind wir da gleich beim eben zitierten Spannungsfeld von „gutem Willen“ und „politischen Absichten“. Vor etwa 25 Jahren, zu Beginn meiner intensiven Beschäftigung mit der Weltkriegsära, konnte und wollte ich zeigen, daß es erst einmal gar nicht um unerschlossene Kapitel geht. Tatsächlich erzwingen die bekannten und allgemein anerkannten Quellen über die Vorgeschichte beider Weltkriege eigentlich eine andere Beurteilung der Jahre 1914 und 1939, als sie heute üblich ist. Dazu muß man gar nicht in Geheimarchive

steigen, das liegt offen auf dem Tisch, mehr oder weniger deutlich auch in vielen Forschungsarbeiten formuliert. In beiden Fällen kann zum Beispiel von einer deutschen Alleinverantwortung bei den Kriegsausbrüchen keine Rede sein. Es hat sich dann aber offenbar immer wieder die simple Behauptung des Gegenteils durchgesetzt, natürlich jeweils auch mit kräftiger Unterstützung der Siegerstaaten. Nach 1945 konnte das umso leichter geschehen, als von deutscher staatlicher Seite gegen dieses Geschichtsbild ganz bewußt kein Einspruch mehr erhoben wurde.

Mit welchen Folgen?

Zum Beispiel mit Folgen in der akademischen Sphäre: Als der in Großbritannien lehrende Professor Christopher Clark begann, an seinem bekannten Buch über die „Schlafwandler“ zu schreiben, die Europa 1914 bei verteilter Verantwortung in den Krieg geführt hätten, da gab es im Kollegenkreis irritierte Nachfragen. Warum er das mache? Zwar habe er sachlich zweifelsfrei recht, aber es könnten doch alle gut damit leben, wenn die Deutschen amtlich alleinschuldig seien, gerade die vom offiziellen politisch-medialen Komplex geprägten Deutschen von heute. Solche Geschichtsschreibung nach politischer Kassenlage gilt leider oft als Standard.

Zu Ihrer wissenschaftlichen Arbeitsmethodik betonen Sie, daß Sie dem streng empirischen Ansatz folgen. Was heißt das genau?

Wissenschaftliche Geschichtsschreibung zu leisten, heißt immer, auf Spekulationen zu verzichten und die vorhandenen Quellen möglichst vorurteilsfrei und vollständig heranzuziehen. Ja, meine Forschungsarbeiten folgen dem streng empirischen Ansatz, der sich daraus ergibt. Um ihn erfüllen zu können, habe ich für meine Publikationen zum Ausbruch und zur Eskalation des Zweiten Weltkrieges sowohl die Standardquellen

herangezogen, die regelmäßig als Nachweis deutsch-nationalsozialistischer Alleinverantwortung präsentiert werden (z.B. das „Hoßbach-Protokoll“ und die „Denkschrift zum Vierjahresplan“), als auch sehr viele weitere. Ich berücksichtige insbesondere *alle* sogenannten Schlüsseldokumente aus dem Nürnberger Prozeß. Wenn Ihnen irgendeiner meiner zahlreichen – insbesondere der politisierten – Kritiker etwas anderes weismachen will, wissen Sie bereits, woher der Wind weht.

Nochmals zum Revisionismus-Begriff: Warum sind geschichtswissenschaftliche Ergebnisse immer nur „vorläufig“ und insofern der „Revisionismus-Vorwurf“ aus intellektuell-redlicher Sicht eigentlich abwegig?

Wie bereits gesagt, kann es aus ganz grundsätzlichen Ursachen zu keinem Zeitpunkt einen vollständigen Überblick über die Vergangenheit geben. Insofern ist stete Revision des Erkenntnisstands absolut geboten. Was dabei entstehen kann und einen wesentlichen Inhalt meines Gesamtwerks darstellt, ist in der Summe dann ein „realistischer“ Blick auf die Entstehungsgeschichte insbesondere des Zweiten Weltkriegs. Dieser Realismus wurde von Kritikern gelegentlich als „Revisionismus“ im Sinne einer Billigung einzelner Entscheidungen besonders der nationalsozialistischen Kriegspartei interpretiert, was natürlich nicht zutrifft. Er liefert jedoch ein komplexes Bild, an dem sich die „schrecklichen Vereinfacher“ mit geschichtspolitischer Zielsetzung (und zu denen gehören auch beachtliche Teile deutscher Zeitgeschichtsforschung) naturgemäß stören. Diese Komplexität ist notwendig.

Könnten Sie einmal an einem besonders aufschlußreichen historischen Beispiel darstellen, inwieweit sich Ihr geschichtswissenschaftlicher Ansatz von der Arbeitsweise sogenannter Mainstream-Historiker in Deutschland unterscheidet?

Zu den besonders aufschlußreichen Beispielen gehört etwa der Umgang mit der sogenannten Hoßbach-Niederschrift vom November 1937. Der Mainstream will in der dort aufgezeichneten Ansprache des deutschen Reichskanzlers die Blaupause für einen anvisierten Krieg

zur Eroberung von „Lebensraum im Osten“ sehen, also in Polen oder gar Rußland. Tatsächlich steht dort aber nichts davon, sondern sogar das Gegenteil. Der am 5. November 1937 anvisierte deutsche Lebensraum soll für „1 bis 3 Generationen“ in den Grenzen von 1937 plus Österreich und Böhmen-Mähren liegen. Von Rußland wird kein Wort gesagt, von Polen nur, daß man vorsichtig sein muß, weil Polen jede deutsche Schwäche für einen Angriff nutzen wird.

Darauf kann seit dem Nürnberger Prozeß jeder als gedruckte Quelle zurückgreifen. Das geschieht aber einfach nicht. Es wird deshalb entweder der Inhalt unrichtig wiedergegeben oder glatt verfälscht. Bekanntes Beispiel für letzteres war Winston Churchill, der in seiner Weltkriegsgeschichte behauptet hat, in der Hoßbach-Niederschrift sei von der Eroberung Polens und Rußlands und dem Mord an dutzenden Millionen dort lebender Menschen gesprochen worden. Eine glatte Totalfälschung, für die es übrigens den Literaturnobelpreis gab, zu der es andererseits aus der deutschen akademischen Wissenschaft meines Wissens aber keine einzige kritische Äußerung gegeben hat. Ein gutes Beispiel dafür, daß die historische Wahrheit sozusagen auf der Straße liegt, sie aber oft kaum jemand wirklich aufheben will.



Stefan Scheil
„Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“
 268 Seiten, HC
 Manuscriptum, 2014
 € 29, 80

Sie wurden im letzten Jahr zum Nachfolger von Gernot Facius als neuer Vorsitzender der zu Beginn der 1980er Jahre gegründeten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) gewählt. Was hat Sie dazu bewogen?

Seit 40 Jahren ist die ZFI eine vorbildliche Institution, die in den Auseinandersetzungen um die deutsche und europäische Zeitgeschichte eine hörbare Stimme hat. Wie bereits festgestellt, hat diese Auseinandersetzung eine solche unabhängige und realistische Stimme auch bitter nötig. Schon deshalb habe ich gern das Amt des Vorsitzenden übernommen, um die Arbeit der ZFI weiterzuführen und sie als „Marke“ weiter bekannt zu machen.

Mit welchen Akzenten wollen Sie die von den beiden Historikern Dr. Alfred Schickel und Professor Hellmut Diwald ins Leben gerufene ZFI weiterentwickeln? Bleibt es z.B. bei

den traditionellen Frühjahrs- und Herbsttagungen? Werden Sie auch über ihren Internetauftritt (zfi-ingolstadt.de) neue Forschungsergebnisse veröffentlichen?

Es bleibt bei den Tagungen, die baldmöglichst wiederaufgenommen werden sollen. Eine erste ist für Ende Mai dieses Jahres geplant. Sie wird sich mit der Zeitgeschichte der Umweltschutzbewegung beschäftigen, auch unter einem allgemeinen Blickwinkel, welche politischen Interessen hinter dem damals neuen Sujet Umweltschutz der 1970er Jahre gestanden haben. Daran können Sie sehen, daß die Weltkriegsära zwar ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der ZFI bleiben wird, wir uns aber auch für neue Themen öffnen wollen, die zeitlich weniger lange zurückliegen.

Neben den Tagungen werden Kommunikationsmittel wie das Internet oder die Sozialen Medien in der Arbeit der ZFI künftig eine größere Rolle spielen. Das Interesse vor allem jüngerer Leute an historischen Fragen ist groß, das Angebot – vor allem das seriöse – ist dagegen ausbaufähig. Da kann die ZFI einen Beitrag leisten.

Nun geriet die ZFI bereits zweimal ins Visier sogenannter Verfassungsschützer. 1997 wurden entsprechende Extremismusvorwürfe gegen die ZFI-Historiker Dr. Alfred Schickel (CSU-Mitglied und Träger des Bundesverdienstkreuzes) und Dr. Joachim Hoffmann (Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg) erhoben. Ähnlich dann 2019, wobei die ZFI 2020 eine juristische Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht in München gewann. Entsprechende Rechtsextremismusanschuldigungen mußten zurückgezogen werden. Wie sehen Sie diese Problematik generell? Warum mischt sich ein demokratischer Inlandsgeheimdienst überhaupt in wissenschaftlich begründete Stellungnahmen und geschichtspolitische Meinungen ein?

Die Bundesrepublik ist nun mal ein Staat, der sehr stark auf einem bestimmten Geschichtsbild beruht. Den für dieses Bild zentralen Behauptungen einer deutschen Alleinverantwortung für die Weltkriegsära widerspricht die offizielle Bundesrepublik ganz bewußt nicht. Sie macht sie sich statt dessen zu eigen und hat sie zu einer Art Staatsräson erhoben. Das sind allerdings Zielsetzungen, die eigentlich jenseits des vom Grundgesetz gezogenen Rahmens liegen und faktisch auf ideologische Vorgaben hinauslaufen, also die Wissenschaftsfreiheit nicht nur bedrohen, sondern auch angreifen. Von dieser Entwicklung werden – leider – inzwischen immer mehr Bereiche erfaßt.

Eigentlich müßte doch eine Institution, die sich hochtrabend „Verfassungsschutz“ nennt,

zum Schutz der Verfassung die grundgesetzlich garantierte Wissenschafts- und Meinungsfreiheit verteidigen – oder?

Im Prinzip schon, wobei man nicht ganz vergessen sollte: Im bundesdeutschen Grundgesetz wird die Freiheit der Forschung garantiert. Die Freiheit der Lehre ist darin dagegen ausdrücklich auf die Treue zum Grundgesetz beschränkt. Und wenn dann die Verbreitung von objektiv zutreffenden Forschungsergebnissen nach Ansicht der herrschenden politischen Meinung die historischen Grundlagen des bundesrepublikanischen Schuldkults beeinflusst, wird es eben eng.

Bleiben wir bei diesem freiheitsfeindlichen Thema: Wenn Sie sich einmal in die Wahrnehmung der geschichtspolitischen Akteure der Regierungsparteien und ihrer Inlandsgeheimdienste versetzen, was sind denn deren Befürchtungen, vor was haben sie Angst?

Es geht um das staatstragende Bild schuldbeladener Dauerreue mit Blick auf die deutsche Vergangenheit. Wobei dies auch eine starke innenpolitische Komponente hat. Das linksorientierte heutige Deutschland lebt politisch davon, sich von vergangenen Traditionen zu distanzieren, nicht nur von nationalsozialistischen, sondern auch von konservativbürgerlichen. Den Letztgenannten schreibt man zu innenpolitischen Zwecken die Verantwortung für die früheren außenpolitischen Fehlentwicklungen zu. Das wird alles als „Kampf gegen rechts“ unter Generalverdacht gestellt und folgerichtig jede Richtigstellung als bedrohlich empfunden.

Und dieser Generalverdacht im „Kampf gegen rechts“ führt dann immer wieder zu Ausgrenzungen, auch in Ihrem Fall. So sind Sie zwar u.a. Preisträger der Erich-und-Erna-Kronauer-Stiftung und publizierten z.B. in der renommierten „FAZ“. Doch Anfang 2020 wurden Sie aus dem Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung von Rheinland-Pfalz abberufen. Warum eigentlich, was warf man Ihnen vor?

Nichts! Man hat mir buchstäblich nichts vorgeworfen, als daß ich meine Arbeit als Historiker machte. Nämlich als Mitglied des Kuratoriums eine gewisse Kontrollfunktion über die Gestaltung der politischen Bildung in Rheinland-Pfalz auszuüben. Dazu gehörte es, die unkritischen Feiern zu „100 Jahre Oktoberrevolution“ in Frage zu stellen, die von der Landeszentrale im Jahr 2017 verbreitet wurden. Oder auf den abstrusen Plan der Landeszentrale hinzuweisen, neue KZ-Standorte nachzubauen, damit jeder Schüler in seiner Schullaufbahn mal einen gesehen hat. Aber gibt es nicht realer KZ-Standorte schon genug?

Und das genügte schon, um Sie abzurufen?

Es lief etwas anders: Die Initiative zu diesem Schritt gegen mich ging vom Generalkonsul der Republik Polen in Westdeutschland aus. Polen gehört ja zu den Profiteuren des bundesrepublikanischen Geschichtsbildes, das es ihm erlaubt, jede historische Verantwortung für die Vertreibung von Millionen Deutschen und die Aneignung von deren Besitz und Länder abzulehnen. Das soll aus Warschauer Sicht natürlich so bleiben, und auch hier sind Hinweise auf den realen Ablauf der polnisch-deutschen Beziehungen zum Kriegsausbruch 1939 uner-

Professor Ludwig Dehio, der nach 1945 Vorsitzender des Historikerverbandes war, sprachen ebenfalls die großen Linien der europäischen Politik an. Kollege Professor Brendan Simms hat jüngst eine Geschichte Europas der Neuzeit vorgelegt, die sich um den „Kampf um die Vorherrschaft“ in Mitteleuropa, sprich: Deutschland, dreht.

Nur traute Simms sich nicht, diesen Ansatz auch auf die Jahre 1914–1945 anzuwenden. Er trifft aber auch dort zu, eigentlich sogar ganz besonders. Das zentral gelegene Deutschland geriet ganz automatisch immer wieder ins Visier der



Bild: Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)

Die beiden Begründer der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI): Prof. Dr. Hellmut Diwald und Dr. Alfred Schickel bei einer ZFI-Tagung in den 1980er Jahren in Ingolstadt.

wünscht. Dem polnischen Anliegen haben die in der Sache weitgehend ahnungslosen Politvertreter im Mainzer Landtag dann nachgegeben.

Zurück zur Vorgeschichte und den Hintergründen bei der Entstehung und dem Verlauf des Zweiten Weltkrieges: Das sind ja Ihre zentralen Fragestellungen. Das offiziöse und etwas platte Narrativ lautet unisono, daß er nur von Deutschland in einer friedliebenden Umwelt ausgelöst wurde. Gibt es darüber hinaus auch andere Sichtweisen?

Es hat immer Historiker gegeben, die andere Auffassungen vertreten haben, teilweise sogar sehr pointiert. Professor Imanuel Geiss zum Beispiel vertrat in den 1960ern die Ansicht, der Nationalsozialismus habe zwar 1939 den Krieg verursacht, ihn aber offensichtlich nicht gewollt. Das sei die Schwachstelle jeder Anti-NS-Geschichtsschreibung, schrieb er wörtlich. Er besaß übrigens ein SPD-Parteibuch. Er und andere Historiker wie

von Ost und West in diese Mitte drängenden Mächte. Als Deutschland aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen seit Ende des 19. Jahrhunderts selbst zu einem Machtzentrum zu werden drohte, potenzierten sich diese Anstrengungen der Randstaaten und mündeten in die Weltkriegsära. Ich bin also nicht der erste oder einzige, der das anspricht, nehme für mich allerdings in Anspruch, diese Zusammenhänge am intensivsten durchdacht und am konsequentesten formuliert zu haben.

Daraus könnte man die zugespitzte These ableiten, daß Deutschland am Zweiten Weltkrieg im Grunde genommen unschuldig sei. Wollen Sie darauf hinaus, wie viele Ihrer zahlreichen Gegner in Wissenschaft und Politik behaupten, gar deutsche Schuld leugnen oder relativieren?

Es gibt keine Geschichtsschreibung, die nicht „relativiert“. Das ist einer der Totschlagbegriffe, mit denen eine ernst-

hafte Debatte abgewürgt werden soll. Natürlich ist deutsche Schuld oder Verantwortung, was immer das genau heißen soll, relativ zur Verantwortung anderer zu sehen.

Der Zweite Weltkrieg begann mit dem sogenannten Überfall auf Polen. So tönt es landauf und landab aus fast aller Munde des politisch-medialen Komplexes, beginnend beim Bundespräsidenten und oftmals erst beim Lokalpolitiker der etablierten Parteien endend. Sie meinen jedoch, daß der Einmarsch der Wehrmacht in Polen kein Überfall gewesen sei. Warum der Streit um semantische Feinheiten?

Eben aus dem Grund, bestimmte Nachfragen gleich abzuwürgen. Das geht, wie ich zeigen konnte, auch auf die Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung zurück. Zu Beginn der 1960er Jahre wurde auf Sitzungen dort beschlossen (damals hieß sie noch „Zentrale für Heimatdienst“), damals noch übliche Formulierungen wie „Deutschland erklärte Polen den Krieg“ oder „Hitler griff Polen an“ nicht mehr zu verwenden und durch den „Überfall“ zu ersetzen. Das ist eigentlich keine Feinheit, sondern ebenso durchsichtige wie wirksame Politpropaganda.

Wenn wir Ihrem Erklärungsmuster folgen, dann stellt sich die weitere Frage, wie nämlich das Deutsche Reich einen Krieg verursachen konnte, den es angeblich gar nicht wollte?

Da spielen die genannten und schon erwähnten geopolitischen Faktoren eine wesentliche Rolle. Die Weltpolitik drängt seit Jahrhunderten nach Mitteleuropa hinein, das habe auch ich in „Logik der Mächte“ 1999 dargestellt. Der deutsche Versuch, diese Entwicklung zu stoppen und Mitteleuropa als autonomes Machtzentrum zu etablieren, ist gescheitert. Das ist im übrigen das Grundthema der ganzen Weltkriegsära in Europa, seit 1914. Die Weltpolitik in London, Paris, Moskau und Washington konnte mit einem „Deutschland auf Augenhöhe“ nichts anfangen.

... was von unseren „Mainstream-Historikern“ oftmals entrüftet zurückgewiesen wird. Was hindert diese, z.B. Professor Wolfgang Benz und andere, gleiche oder ähnliche



Stefan Scheil
Transatlantische Wechselwirkungen
Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945
275 Seiten, brosch.
Duncker & Humblot, 2012
€ 28,00

Apropos „Verwaltung“, Zitat: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument aller, die Bewußtseins-Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen“, so der große deutsche Journalist Johannes Gross 1989 in seinem Buch „Phönix in Asche“. Ist das ein trefflicher Erklärungsansatz, worum es bei „historischer Korrektheit“ im Grunde genommen geht?

Ja, das ist sicher so. Wobei sich das spezielle Schuldbewußtsein ja mittlerweile von Deutschland etwas losgelöst

Schlüsse zu ziehen wie Sie?

Wolfgang Benz ist eher ein politisierter Überzeugungstäter, der von den genauen Abläufen internationaler Politik nichts wissen will und auch so gut wie nichts weiß. Da ist er übrigens kein Einzelfall unter denen, die von Professorenstühlen aus das deutsche Geschichtsbild verwalten.

Wenn Sie abschließend einmal trennscharf Ihre zeitgeschichtliche Deutung über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs im Gegensatz zu den Positionen der offiziellen Geschichtsschreibung kurz zusammenfassen, wie lautet sie?

Ministerien auch schon direkter Druck auf Verlage ausgeübt, die Zusammenarbeit mit mir zu beenden.

Verboten ist freie Forschung zu diesen Themen trotzdem nicht. Sie hat auch vielfach stattgefunden und wurde publiziert. Ich teile also nicht die Auffassung, freie Forschung sei zum Beispiel durch die Nürnberger Urteile direkt verboten. Man sollte sich die Historiker nicht als einen Verein vorstellen, der sich durch Gesetze daran gehindert fühlt, ihm wohlbekannte Wahrheiten auszusprechen. Das Ausblenden bestimmter Erkenntnisse funktioniert indirekt und viel subtiler.

Kurz und gut: Es gab keinen Überfall auf Polen, sondern einen Kriegsausbruch, nachdem zwei Staaten monatelang gegeneinander mobilisiert hatten. Dies alles vor dem Hintergrund einer internationalen Krise, an deren Verlauf andere Staaten wesentlich beteiligt gewesen sind, allen voran etwa Großbritannien, die USA und die Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund ist auch die weitere Eskalation des Krieges von 1939 bis 1941 zu sehen, die von den deutschen Kriegs-



Blick ins Plenum des Rudolf-Koller-Saals der Kurfürstlichen Reithalle Ingolstadt.

hat und auf die anderen westlichen Länder ausgedehnt wurde, eigentlich auf die gesamte westliche, ursprünglich weiße Zivilisation. Als „schuldig“ gilt heute der weiße alte Mann, der Christ, ganz allgemein der Europäer. Was natürlich an dem Befund nichts ändert, daß die Verwaltung von angeblicher Schuld schon immer ein Machtinstrument für deren Verwalter gewesen ist.

Sie halten also die Forschung und Lehre für politisch manipuliert, oder sogar durch die Nürnberger Urteile von 1946 für verboten?

Sagen wir: jein und nein. Der politische Einfluß auf die Forschung und Lehre zur Zeitgeschichte ist unleugbar vorhanden. Es wurde von bundesdeutschen

gegnern bewußt erzwungen wurde, während Berlin eine Vielzahl an Friedenssignalen sendete und den Krieg lieber gestoppt hätte.

Dessenungeachtet: Der bewußte Versuch, die in der Hoßbach-Niederschrift skizzierte „groß“deutsche Einheit unter nationalsozialistischen Vorzeichen zu erzwingen, ist ebenfalls eine wesentliche Ursache für diesen Krieg gewesen. Es ist nur eine völlig andere Ursache als die regelmäßig kolportierte Behauptung, man habe 1939 unprovokiert einen Krieg zur Eroberung wesentlicher Teile der Welt vom Zaun gebrochen.

Herr Dr. Scheil, vielen Dank für dieses Gespräch!